

Sammlungen statt. Sie hatten eins gemeinsam: im Vordergrund der Beratungen stand so wie auf den Leitungssitzungen der politische Meinungsstreit. Es wurde z. B. diskutiert, ob der Abschluß eines Friedensvertrages allein mit der DDR die Spaltung Deutschlands vertiefe.

Der Friedensvertrag soll die Spaltung Deutschlands vertiefen? Wie denn das!? Die bisherigen Erfahrungen lehren doch, daß sich die Spaltung nur immer dann vertiefte, wenn verständigungsfeindliche Maßnahmen durchgeführt wurden. Wer aber tat das? Das war Bonn, das waren die USA, das war der Westen: Separatwahrung, Separatstaat, Remilitarisierung, Atomrüstung, Revanchehetze, NATO- und Hitlergenerale. Wahrhaftig, nur solche Maßnahmen können die Spaltung vertiefen und vertiefen sie auch. Alles andere aber, alles das, was Frieden und Verständigung dient, kann doch nur dazu beitragen, die Hemmnisse zwischen den beiden deutschen Staaten abzubauen, und indem die einzelnen Gefahrenherde beseitigt werden, verschwinden auch die Spaltungsgründe. Es gibt nur das eine: wenn die Ursache der Spaltung eine verständigungsfeindliche Politik ist, dann kann die Spaltung nur durch Maßnahmen überwunden werden, die einer solchen Politik entschieden begegnen. Und das ermöglicht der Friedensvertrag.

Alle Argumente auf Fragen zum Friedensvertrag waren letztlich darauf gerichtet, die Überzeugung zu stärken, daß ein Friedensvertrag noch in diesem Jahr kommen muß. Sind unsere Menschen in ihrer Gesamtheit davon überzeugt, dann setzen sie sich vorbehaltlos dafür ein, dann erweist sich ihr Verhalten als unübersehbare Demonstration, die von großer Wirksamkeit für die Durchsetzung friedlicher Verhandlungen über den Friedensvertrag ist.

Wie stehen wir zu Westreisen?

Aber nicht allein um Fragen des Friedensvertrages ging und geht es. Verschiedentlich wiesen die Genossen darauf hin, daß in den Gesprächen auch die Westreisen eine Rolle spielen. Nicht immer verstehen unsere Menschen, warum wir davor warnen.

Warum eigentlich tun das die Organe unseres Staates? Nie und nimmer aus

Böswilligkeit, nie und nimmer um diesen oder jenen zu ärgern. Es gibt andere, triftige Gründe dafür. Fährt einer unserer Bürger nach drüben, dann sind Auseinandersetzungen unvermeidlich, die politische Überzeugung zwingt dazu. Was zeigt die Praxis? Zu Hunderten sitzen heute schon Bürger unserer Republik in Gefängnissen des Bonner Staates. Sie sagten ihre Meinung, sie vertraten ihre Überzeugung — das war Grund genug für Bonn, sie einzusperren. Das ist nicht das einzige. Hinzu kommen die Menschenhändler, die Abwerber, die oftmals mit den Mitteln der Erpressung und Nötigung arbeiten, um leichter zum Zuge zu kommen.

Und davor sollen die Organe unseres Staates die Augen verschließen, davor sollen wir unsere Menschen nicht warnen? Das müssen wir, das gebietet unsere politisch-moralische Pflicht. Wir verschweigen nicht, daß wir zuerst und vor allem unsere Menschen vor einem ungewissen Schicksal bewahren wollen, daß es uns aber auch darum geht, ihre Arbeitskraft der Republik zu erhalten. Hier trägt ihre Arbeit dazu bei, die DDR zu stärken, und das ist ein Beitrag zum Friedenskampf.

Derartige Diskussionen zeigen, daß Gesamtmitgliederversammlungen im Durchschnitt von einer höheren politischen Qualität als alleinige Mitgliederversammlungen der einzelnen WPO sind.

Da kann es schon Vorkommen, wie es z. B. in der Gesamtmitgliederversammlung der WPO 130 in Magdeburg-Südost der Fall war, daß einige Genossen der Wohnparteiorganisation sagen: „Ja, ihr könnt reden, aber wir, uns fällt es schwer, die Diskussion zu führen.“

Überzeugung und Wissen entscheidend

Derartige Hemmungen sind unbegründet, man darf sie nicht aufkommen lassen und ließ sie in der erwähnten Versammlung auch nicht aufkommen. Entscheidend ist, daß unsere Genossen von der Richtigkeit unserer Sache überzeugt sind. Selbstverständlich brauchen sie auch Wissen, müssen sie die Fragen kennen, auf die geantwortet werden soll. Hier erwächst nicht zuletzt den Genossen eine